Konsolidierungsstelle -konsuntly-			Umsetzbarkeit (a)						Finanzielle Auswirkungen auf Haushaltskonsolidierung							Umsetzungsstand Statusberichte					
Konsolidierungsstelle	Konsolidierungsveranschlag	Konsolidierungsveranschlag	Konsolidierungsveranschlag	Konsolidierungsveranschlag	Konsolidierungsveranschlag	Konsolidierungsveranschlag	Konsolidierungsveranschlag	Bemerkung zu Veranschlag	positive/negative Auswirkungen	2010	2011	2012	2013	2014	2015 und Folgejahre jeweils	Summe 2010 - 2015 i.H.	Sachstand FB 15.09.2010	Auswertung FB 2 15.09.2010	Sachstand FB 15.11.2010	Auswertung FB 2 15.11.2010	
										10	11	12	13	14	15	16					17
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
2	Reduzierung von Sitzungsterminen	1.01.01	BM	1					Die Anzahl der Ausschüsse wurde im Beginn der laufenden Wahlperiode überprüft. Der Bürgermeister schlägt vor, jeweils eine Sitzung pro Gremium einzusparen. Reduzierung Sitzungstermin und Personalersparungen.	Verschönerung Bürgerservice, größerer Abstand der Sitzungstermine, Ersparungen werden evtl. verzögert		6.500	6.500	6.500	6.500	6.500	32.500	Mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2011 wird die Maßnahme umgesetzt.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit
4	Optimierung des Einsatzes von Dienstfahrzeugen	1.01.09	BM	1	3, 5, 6				Dienstwagenbestand um ein Dienstfahrzeug reduzieren; Bewirtschaftung privater PKW.		1.000	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500	18.500	Für 2010 vorgesehene Ersatzfahrzeuge sind in der Umsetzung. 2011-2015 = Abbau Fahrzeugen, 12 Fahrzeuge mit geringer Kilometerleistung.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit
5	Reduzierung Telefontkosten	1.01.05	BM	1		X			Bereits in 2009 konnte durch einen neuen Vertragsabschluss die Kosten der Miete für die Telefonanlage im Jugendamt um 5.500 € gesenkt werden.									offen		offen	
6	Reduzierung der Kosten für Porto und Postzustellenservice - bereits umgesetzt	1.01.04	BM	1		X			Einsparung im Bereich Porto / Zustellenservice in Höhe von 7 % durch Transportnahme der Sammelanlieferung über postion.									offen		offen	
7	Abklärung der Beschaffung für alle städt. Einrichtungen über zentrale Beschaffungsgesellschaft	1.01.05	BM	1					Prüfung, inwieweit mit einer konzentrierten zentralen Beschaffung für alle städtischen Einrichtungen ggf. gemeinsam mit Nachbarkommunen zu Kosteneinsparungen erzielt werden können.									offen		offen	
8	Konsolidierung Papier Output Kosten durch all-inklusiv Mietvertrag für Kopierer und Drucker (Sonderpreis beinhaltet Kosten für Miete, Wartung Service und Verbrauchsmaterial)	1.01.05	BM	1	alle	X			Bereits realisiert: Einsparung 20.000-25.000 €/Jahr auf Basis des Endofertigpreis; - Austausch sämtlicher im Eigentum befindlicher Drucker und gelassener Kopierer, Großkopierer und Faxgeräte gegen Vertragsgeräte - Vertragsgeräte stehen als Mietware ein; Wartung und Verbrauchsmittel (außer Papier) zur Verfügung - Entfall sämtlicher Kosten im Bereich des Papierabfalls (außer Papier) gegen Lieferanten, die Kalkulation basiert auf dem Vergleichsjahr 2003.										offen		offen
9	Reduzierung des Papierverbrauchs in der Verwaltung	1.01.09	BM	1	alle	X			Reduzierung des Papierverbrauchs innerhalb der Verwaltung hauptsächlich um 5 % durch Einführung neuer Techniken und Kopierung des Nutzerwechsellagers (Büroaus, ohne Schalen und Klapp); Einsparung: Papierkosten = 1.000 €/Jahr, Druckkosten = 4.000 €/Jahr; Papier- und Druckkosten für Rat etc. siehe auch entsprechende Vorschläge	Konsolidierungsvorschläge beinhalten folgende Einsparungen: 1) Büromaterial: 2010 = 1.700 Euro, 2011 - 2015 jährlich = 2.500 Euro Einsparungen durch Verbesserung der Einkaufskonditionen (Wechsel Lieferanten bzw. Liefermengen) 2) Porto, Zustellgebühren: 2010 = 3.000 Euro, 2011 - 2015 jährlich = 7.500 Euro Einsparungen durch Volumenreduzierung hauptsächlich im Bereich Ratpost und Amtsblatt. 3) Druck, Kopierkosten: Einsparungen bei Druckkosten können z. Zt. nicht durch Auflagenreduzierung erreicht werden, da insbes. Schwarz-Weißdrucke aufgrund von vertraglichen Vereinbarungen bis zu einer Höchstgrenze pauschal abgerechnet werden. Diese Höchstgrenze wurde bisher z.B. nicht überschritten. Realisierbare Maßnahme: Deutliche Reduzierung der Arbeitsplatzdrucker von	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	54.000	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit	in Arbeit	
10	Reduzierung des Papierverbrauchs im Bereich „Ratpost“ und Amtsblatt	1.01.06	BM	1		X			Bereich „Ratpost“: Die Auflagenhöhe Ratunterlagen soll von 140 auf 70 reduziert werden. Einsparungen: Papier = 1.100 €, Druck = 9.200 €, Porto = 7.200 €, insgesamt 17.500 €. Hinsichtlich öffentlicher Bekanntmachungen wird derzeit geprüft, ob durch eine andere Form der öffentlichen Bekanntmachung ggfs. Kosteneinsparungen von ca. 4.000 € zu erzielen sind.	keine direkte Information der stv. sachl. Bürgerweiger Exemplare für Fraktionen und Verwaltung	7.500	19.100	19.100	19.100	19.100	19.100	103.000	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit	in Arbeit	
11	Reduzierung des Papierverbrauchs im Bereich Haushaltsplan	1.01.09	BM	1	2	X			Reduzierung der Auflagenhöhe des Haushaltsplankostenvertrags von bisher 160 auf 80. Einsparung: Papier = 200 €, Druckkosten 2.100 €, insgesamt 2.300 €	Eine deutliche Reduzierung des Papierverbrauchs soll durch ein natives Beschaffungskonzept sowie einer Konsolidierung der Ratblätter erreicht werden. Ziel Kosteneinsparung in 2010 = 2.000 Euro, 2011-2015 jährlich 7.000 Euro.	1.750	2.300	2.300	2.300	2.300	2.300	13.250	in Arbeit	in Arbeit		
12	optimaler Technikeinsatz bei Ratunterlagen	1.01.05 1.01.12	BM	1		X			Der Umstieg von Programm PV-Rat auf SESSION der Civitec ist ggf. eine Kosteneinsparung (Druck, Papier, Versand) möglich. Die exakten Rahmenbedingungen (insbesondere Kosten) sind mit Civitec noch zu erörtern.	schlechter und kostenloser Versand (Mail/Download)								in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit	
13	Privatisierung Gebäudemanagement	1.01.09	BM	1	6				Unterliegt der pauschalen Annahme, dass Privatisierung Kostensparnis bedeutet. Dies würde fundiert zu belegen. In der Praxis haben sich solche Annahmen vielfach als Prop erwiesen. Insgesamt ist bei den Kommunen eher sogar eine Tendenz zur Rationalisierung v. Aufgaben zu erkennen. Richtig ist in jedem Fall eine Reduzierung der Aufgaben auf das „Kerngeschäft“									offen		offen	
14	Zusammenfassung Bürgerbüro Stabsamt (Stabsamt Stabsamt)	1.01.09	BM	1	3	X			Mit anstehendem Ausscheiden des GBE, Stabsamt (Anfang 2010) kann die Stelle nach einem Konzept zur Umorganisation Zusammenlegung mit Bürgerbüro erfolgen		38.000	50.000	50.000	50.000	50.000	288.000	Maßnahme wurde im Mai 2010 umgesetzt.	erledigt		erledigt	
16	Personalreduzierung unter Beibehaltung der Öffnungszeiten; erreichbar durch andere Wertschöpfungskette und geringere Personalausstattung	1.01.09	BM	1	3	X			Personalreduzierung Personalreduzierung unter Beibehaltung der Öffnungszeiten; erreichbar durch andere Wertschöpfungskette und geringere Personalausstattung	ggf. Verlagerung der Wartezeiten		37.000	37.000	37.000	37.000	37.000	185.000	Durch Aufwand im Zusammenhang mit neuem Personalbedarf; Mehrzeitsausübernahme Wachen derzeit nicht realisierbar.	offen		offen
17	Wegfall dienstl. im Rosenmontag zu Hebung Stabsamt	1.01.09	BM	1	alle				Dienstbehebung an Rosenmontag unter Anrechnung eines Urlaubstages o.ä. entspricht dem Personal 1 Vollzeitstelle		35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	175.000	ist umgesetzt ab 2011 ist ein Urlaubstag erspart.	erledigt		erledigt	

Konsolidierungsliste - konsolidiert			Umsetzbarkeit (a)						Finanzielle Auswirkungen auf Haushaltskonsolidierung							Umsetzungsstand Statusberichte					
Nr.	Konsolidierungsvorschlag	Antragstellung	Antrag	Umsetzung bis	Umsetzung ab	Antragsteller	Antragsteller	Bemerkung zu Vorschlag	positive/negative Auswirkungen							Sachstand FB 15.09.2010	Auswertung FB 2 15.09.2010	Sachstand FB 15.11.2010	Auswertung FB 2 15.11.2010		
									2010	2011	2012	2013	2014	2015 und Folgejahre jeweils	Summe 2010 - 2015 lt. H.						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
58	Optimierung Einnahmen Ungeschulden	1.01.14	II	6					Potential: Mit Hilfe des GIS wurden schon zahlreiche ungenutzte Liegenschaften identifiziert, für die teilweise eine vertragliche und rechtliche Regelung zu finden ist.	Mutzung und vorvertragliche Verkehrssicherungspflicht werden zusammengefasst	1.000	3.000	5.000	7.500	10.000	10.000	36.500	Durch die ersetzte Verordnung v. Fr. Lorenz ab 01.10.2010 kann die Aufgabe bis zur Notwendigkeit wahrgenommen werden.	offen	unverändert zum 15.09.2010	offen
59	Ausgaben im Bereich Hochbau nur noch in Höhe der Bildungspauschale investiert für Neubaus, Konsumiv für Baureinhaltung Schulen	1.01.15	II	6	2				Potential: Entlastung bzw. Verringerung der kreditfinanzierten Aufwendungen für Baureinhaltung	evtl. Verlust bei Gebäudesubstanz								Kann bei der Budgetplanung 2011 ff. berücksichtigt werden.	in Arbeit	Die Budgetplanung für 2011 ff. zeigt, dass ein dem Vorschlag entsprechender Einsatz der Bildungspauschale in nennenswertem Umfang erst ab 2012 zu erwarten ist. Hier besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zum jeweiligen Umfang investiver Maßnahmen im Bildungsbereich.	in Arbeit
60	Rheinthal	1.01.15	II	6														Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 14.10.2010 beschlossen, mit dem Förderverein für die Rheintal Herse, Uedorf, Widdig e.V. einen Vertrag über die Nutzung der Rheinthal in Herse abzuschließen. Der Nutzungsvertrag ist von den Vertragspartnern noch zu unterzeichnen.	in Arbeit	Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 14.10.2010 beschlossen, mit dem Förderverein für die Rheintal Herse, Uedorf, Widdig e.V. einen Vertrag über die Nutzung der Rheinthal in Herse abzuschließen. Der Nutzungsvertrag ist von den Vertragspartnern inzwischen unterzeichnet.	erledigt
Die Rheinthal mit den Mitten aus dem Konjunkturpaket zu entschütten, mit dem Verein eine langfristige Regelung zu treffen und Folgekosten für die Stadt zukünftig zu vermeiden																					
61	Baustandfrage Bestand – Beispiel: Wohngebäude - Veräußerung von Wohngebäuden ggf. auch unterhalb der Verkehrsweits.	1.01.15	II	6					Hier werden die Wohngebäude betrachtet, für die bislang kein Verkaufsauftrag besteht. Nach Stadtrung von Aufw. u. Erl. über alle diese Gebäude ergibt sich bei Veräußerung ein Erlös von ca. 3000,- €/a. Die kalkulatorischen Kosten durch Abschreibung fallen hier aktuell mit ca. 37.400,- € ein. Bei einem Verkaufserlös von 1,6 Mio. €, hier verteilt auf die Jahre v. 2011 bis 2014.	Rückzug der Verwaltung auf das Kerngeschäft. Kein Angebot billigen Wohnraums für Bedürftige.		320.000	320.000	320.000	320.000	320.000	1.600.000	Dem Ausschuss für Verh., Planung und Lagerarbeiten liegt zur Sitzung am 29.09.2010 ein Beschlussvorschlag zur Veräußerung diverser städtischer Mietwohngebäude vor (Vorlage 356/2010).	in Arbeit	Ein Beschlussvorschlag zur Veräußerung diverser städtischer Mietwohngebäude für den VPLA liegt seit September 2010 vor (Vorlage 356/2010). Zur Zeit wird jedoch noch geprüft, ob die GWG Siegel Teile des Bestandes übernehmen soll.	in Arbeit
62	Revision Einnahmen Baugebühren	1.10.01	II	6					Die inzwischen durchgeführte Revision hat ergeben, dass die Einnahmen im Bereich Baugebühren weitgehend unterschätzt sind. Es bleibt die Möglichkeit auf Grundlage von § 7 (3) GewSt NW zur Satzung eine kommunale spezielle Subventionierung zu erlassen. Hier wird nun eine Subventionierung zu Grunde gelegt, die eine Erhöhung der einzelnen Tarifstellung um durchschnittlich 10 % unterstellt.	Von dieser rechtlichen Möglichkeit hat in NRW keine	0	25.000	25.000		25.000	25.000	125.000	Die Einnahmen können entweder durch eine pauschale Erhöhung aller nach VVerfG anzuwendenden Tarifstellen um 10 % oder durch gezielte Erhöhung bestimmter Tarifstände erreicht werden. Dazu ist eine Analyse der Eintragsstruktur mit Hilfe von Daten aus der Probaud-Datenbank erfolgt. Z.z. wird die technische Umsetzbarkeit im Rahmen der software-gesteuerten Verfahrensbearbeitung geprüft. Als nächstes soll der FB 1 mit dem Entwurf eines entsprechenden Satzungsbeschlusses beauftragt werden.	in Arbeit	Die Einnahmen können entweder durch eine pauschale Erhöhung aller nach VVerfG anzuwendenden Tarifstellen um 10 % oder durch gezielte Erhöhung bestimmter Tarifstände erreicht werden. Dazu ist eine Analyse der Eintragsstruktur mit Hilfe von Daten aus der Probaud-Datenbank erfolgt. Z.z. wird die technische Umsetzbarkeit im Rahmen der software-gesteuerten Verfahrensbearbeitung geprüft. Als nächstes soll der FB 1 mit dem Entwurf eines entsprechenden Satzungsbeschlusses beauftragt werden.	in Arbeit
Prüfung Satzung wird in Vorschlag Verwaltung mit einbezogen																					
64	Bauberatung gegen Gebühr (B-Stadt Neuss, Einfache Kaufverträge und Gebäudetechnik)	1.10.01	II	6					Für eine ausführliche Beratung wird eine Gebühr berechnet: 10,00 € pro angelaufene halbe Stunde für Bauleiter, Baugewerksleute... 20,00 € pro angelaufene halbe Stunde für Personen wie z.B. Bauvertragsbeauftragte, Fachanwälte etc. Personen gem. § 36 V.m. § 70 BauZ NRW Potential: ca. 500 x 2 € = 10.000 €/Jahr		0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	50.000	Die Maßnahme konnte aus Kapazitätsgründen hinsichtlich ihrer Umsetzung noch nicht weiter vorbereitet werden.	offen	Die Maßnahme konnte aus Kapazitätsgründen hinsichtlich ihrer Umsetzung noch nicht weiter vorbereitet werden. Außerdem sprechen einige Argumente gegen eine Umsetzung. Daher wird dem VV vorgeschlagen, diese Maßnahme zunächst aus zu setzen und die erwarteten Mehreinnahmen durch eine entsprechende Anhebung der Baugebühren zu erzielen.	offen
65	Überprüfung des öffentlichen Grünflächenanteils der Stadt - Reduzierung der Stadtpauschale	1.1.04	II	6	888				Gesamt Potential ca. 138.000,- €/a durch Senkung der Stadtpauschale. Einsparung von 100.000,- € bei Reduzierung Grünflächenanteil auf 10 % und Änderung der Kostenbasis	Erhöhung der Gebühren: Die Gebühren je Bebauung würden zum Ausgleich rein technisch um 411 € erhöht werden (Faktisch würde die Gebührenverhöhung nach Grundst. differenziert erfolgen)	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	500.000	Nach Mitteilung des SBH vom 13.09.2010 ist die Kürzung der Stadtpauschale für öffentliches Grün um 100.000 EUR im Wirtschaftsjahr berücksichtigt und Kernkompetenz mit höheren Einnahmen im Bereich der Friedhofgebühren.	erledigt		erledigt
66	Verkehrsbetriebe: Auslastung optimieren, evtl. Streckenveränderungen, Straßennetze	1.12.04	II	7					Die Auslastung von einzelnen Strecken wird durch den RSK als Träger des Nahverkehrs bzw. durch die Verkehrsbehörde RVK oder SWB/NVB festgestellt. Der neue Nahverkehrsplan ist mit engen Änderungen erst nach wenigen Monaten umgesetzt. Hierzu liegen noch keine aktuellen Ergebnisse vor. Soweit Strecken nicht genutzt werden (z.B. Taid Bus nach Swisttal) sollen sie auch wieder eingestellt werden.									Auf Beschluss des RSK wird die Taidbuslinie nach Swisttal aufgrund der entsprechenden Nachfrage wieder betrieben.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit
67	Prüfung der Fahrer ÖPNV in Tageserbstellen	1.12.04	II	7					Fahrten in den frühen Morgenstunden der Linie 18 überprüfen: ggf. um 1-2 Fahrer verringern; Prüfung erfolgt durch den RSK als Träger des ÖPNV.								Die Prüfung dauert an, das Prüfungsergebnis liegt noch nicht vor.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit	
68	Beteiligung von größeren Betrieben an ÖPNV Kosten	1.12.04	II	7					Eine direkte Kostenteilung wird nur in Betracht kommen, bei Angeboten, die über den Nahverkehrsplan hinaus nicht über den RSK laufen. Ein Nachbus könnte so ggf. über Einzelunternehmer und Disco finanziert werden. Ein engpässiger Busstopp ggf. über Porta-Bausaus und ein neues Einkaufszentrum.									Eine Umsetzung ist abhängig von der weiteren gewerblichen Entwicklung.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit
69	Integration des Schülerbusverkehrs in den ÖPNV	1.03.06 1.12.04	II	7	4				Die RVK hat bislang noch kein entsprechendes Konzept vorgelegt. Die möglichen Kostenersparungen der Stadt können in früheren Jahren bereits sehr gering angesetzt werden. In anschluss Schülerfahrten ausgebaut werden müssen. Der Schülerbusverkehr ist bis 2012 vertraglich gebunden.									Die Integration des Schülerbusverkehrs zwischen Swisttal und Bornheim wird derzeit geprüft.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit
Da die Relevanz der Untersuchung von 2008 überprüft werden muss, wird der Bürgermeister beauftragt, die Schulbuskosten im Vergleich mit 2012 umfassend zu überprüfen. Hierbei ist die rechtliche Situation zu beleuchten und Modelle anderer Kommunen darzustellen																					
70	Überprüfung der Notwendigkeit von Planungsmaßnahmen	1.12.02	II	7					Versuch auf Radverkehrsuntersuchung 5.000 € in 2011			5.000					5.000	Die Radverkehrsuntersuchung wird nicht durchgeführt.	erledigt		erledigt

Konsolidierungstitel - konsolidiert		Umsetzbarkeit (a)							Finanzelle Auswirkungen auf Haushaltskonsolidierung										Umsetzungsstand Statusberichte				
Stand: 17.11.2010		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
FB	FB	Konsolidierungsvorschlag	entsprechend	unpassend	unvollständig	unvollständig	unvollständig	unvollständig	unvollständig	unvollständig	Erklärung zu Vorschlag	positive/negative Auswirkungen	2010	2011	2012	2013	2014	2015 und Folgejahre jeweils	Summe 2010 - 2015 lt. 18	Sachstand FB 15.09.2010	Auwertung FB 2 15.09.2010	Sachstand FB 15.11.2010	Auwertung FB 2 15.11.2010
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	(ohne Finanz. Aspekte)	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
72		Keine Beteiligung an Bauarbeiten Dritter Erschließungsanlagen Dritter	1.12.02	II	9	7	x				Erhebung einer Verwaltungskostenpauschale bei Betreuung von Erschließungsanlagen Dritter über Erschließungsverträge für Kontrollierungswert gegenüber der bestehenden Festkosten.	reduzierte Bindung Personalkapazitäten								Veränderung einer Kostengruppe im Bereich bzw. Sachverhalt (FB?) nicht möglich. Anträge Regularien in der Ausführung (Maßnahmenbetreuung durch FB 9) werden nicht möglich, jedoch die Übernahme der Leistung „Baubetreuung“ gem. HCr durch Beauftragung eines externen Ing. Büro. Zustand des Konsolidierungsj. 2010: Erschließung ALDI Markt Hensel Straße, Durchführungsvorgang Wb. 08, evtl. Erschließungsverträge) M. G.	in Arbeit	Die Umsetzung erfolgt maßnahmenbezogen wie im Sachstand 15.09.2010 dargestellt. Im Falle 1. BO 11 - BV Güterhöfer 2. AdS-Erschließung-Hersel wurde diese Regelung beibehalten. Eine direkte Auswirkung auf den Haushalt ist mit der Regelung nicht verbunden, da die Umsetzung für die Stadt kostenneutral erfolgt, jedoch Personalkapazitäten in Höhe der vergleichbaren, jeweiligen Honorarleistung gem. HCrM des jeweils beauftragten Ingenieurbüros. Das Honorar steht in direkter Abhängigkeit zu den Nettoeinnahmen.	erledigt
73		Verkauf nicht zwingender erforderlicher Verkehrsflächen	1.12.02	II	9	6	x				Veräußerung von nicht genutzten/verfallenden kommunalen Wirtschaftsgütern (schätzungsweise 10.000€a abnehmend) nach Feststellung und Anpassung	Entfall der Unterhaltungskosten	10.000	10.000	10.000	5.000	5.000	3.000	43.000	Überprüfung bzw. nicht mehr benötigte Wirtschaftsgüter in der Gemarkung Rößberg z. Z. Übergabe mit evtl. Käufer(n), anschließend Verkauf u. Wiederverkaufsvorgängen	in Arbeit	Umsetzung in Einzelfällen begonnen, jedoch aufgrund ungeklärter Handlungsweise im Zusammenhang mit Verkaufserlösen vorerst "auf Eis" gelegt. Die dargestellten Ansätze werden grundsätzlich in Frage gestellt, da sich aufgrund geringer Bodenwerte die Beteiligte realistisch nicht verkaufen lassen. In der Regel handelt es sich bei den in Frage stehenden "Verkehrsfächern" um sog. grüne Wirtschaftsgüter mit entsprechend niedrigem Boden bzw. Flächenwert. Nach Erlösbilanz des Sachverhaltes am 12.11.2010 sollte die Bezeichnung geändert werden in "Veräußerung von Infrastrukturfächern". Erprobter Ansatz: 2010: 0 Euro; 2011: 3.000 Euro; 2012: 2.000 Euro; 2013ff: 1.000 Euro	in Arbeit
74		Beschränkung des Umfangs und der Dauer der Straßenbeleuchtung (z.B. Nachtabschaltung)	1.12.02	II	9	9	x				Nachtabschaltung zwischen 24.00 Uhr und 05.00 Uhr als Kompensationsmaßnahme für sog. potenzielle Gefahrenstellen (Einwohner, gefährliche Straßen und Stellen). Die Straßenbeleuchtungsanlagen müssen hierzu teilweise modifiziert werden. Investitionsaufwand zur Umsetzung der Schaltungen erforderlich. Reduziert lediglich die Stromkosten. Schätzungsweise um ca. 15.000€a bei angemessener, möglicher Nachtabschaltung von rd. 30 % der Gesamtanlage; Investitionsaufwand im Umfängsprüfung einmalig ca. doppelt so hoch wie die jährliche Stromersparnis.	Verminderung CO2-Emission		-15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	45.000	Das Konzept wird z. Zt. erarbeitet und dem VPLA zur Kennzeichnung und Entscheidung vorgelegt. Erste konzeptionelle Überlegungen des Vertragsspartners RWE Rheinland-Waifalen Netz AG gehen von zwei möglichen Varianten aus. Variante I: Totabschaltung (ca. 80% der Leuchtmittel) in der 2. Nachmittags- bis auf die Gefahrpunkteabschaltungen. Einpotenzialrechnerisch ca. 30.000€a nicht Umsetzung. Erforderliche Investition einmalig ca. 107.000 €. Variante II: variable Totabschaltung (ca. 40% der Leuchtmittel) in der 2. Nachmittags- bis auf die Gefahrpunkteabschaltungen. Einpotenzialrechnerisch ca. 107.000 €. Hinweis RWE: Das Rücklagenrisiko eines der o. a. Varianten verursacht erhebliche Kosten vergleichbarer Investitionen zur Erreichung. Die ggf. zu ändernden Ansätze werden bei den nächsten Anmerkungen 2011 ff. entsprechend korrigiert.	in Arbeit	Das Konzept ist z. Zt. in der konkreten fachlichen Abstimmung zwischen Stadt, RWE und Rheinenergie. Erforderliche Investitionen bei Umsetzung des Gesamtkonzeptes einmalig ca. 107.000 €. Ertrag durch Stromersparnis in der Halbschaltabschaltung ca. 30.000 Euro/a auf der Basis der derzeitigen Energiepreise. Alternativ wird zur Zeit eine Variante III erarbeitet, die eine exemplarische Umsetzung in sog. Versuchsgebieten in Bornheim, Waldorf, Walberberg, Sachfen, Hemmerich, Rosdorf und Bornheim (Bottorf) vorsieht. Die erforderlichen Investitionskosten sowie die sich aus den Modifizierungen ergebenden Energieersparnisangaben liegen z. Zt. noch nicht vor, bewegen sich aber in dem (bisher) angegebenen Kosten bzw. Ertragsrahmen.	in Arbeit
75		Änderungen/Modifizierungen des Straßenbeleuchtungsvertrages	1.12.02	II	9	9	x				Vertragsmodifizierung des Straßenbeleuchtungsvertrages durch Reduzierung des Moduls Erneuerung und Erhöhung der Rabatierung; Anpassung Wartungsintervall	Umsetzung der Leuchtmittel von Druckluftlampen auf Nafluorlampen; Verminderung der Anschaffungskosten, Stromkosten und der CO2-Emission	154.400	156.700	159.200				470.400	Vertragsänderung wurde bereits vollzogen. Vertragsunterzeichnung: 15.04.2010	erledigt	erledigt	
76		Übernahme Straßenbeleuchtung	1.12.02	II	9	8	x				bestehendes Vertragsverhältnis bis 31.12.2012; Ausschreibung ist zwingend erforderlich (Schwellenwert); Vergabe erfolgt nur an Bewerber mit nachgewiesener Erfahrung, Ausbildung, Fachkunde und Erfahrung. Ab 2013 ein Einsparpotenzial von mind. 50.000,-/Jahr (Rekalkulation durch SBB), je nach Ausschreibung und Betreiberstrategie weniger (z.B. bei Vorgabe neuer Lampentypen - oder auch deutlich mehr)	evtl. kostengünstigere Leistung nach Ausschreibung. Bei Übernahme durch SBB evtl. keine Ausschreibung notwendig. Wartung ist ca. 10.000 Euro/günstiger als nach demzeitigem Vertrag				10.000	10.000	10.000	30.000	Straßenbeleuchtungsvertrag. Vertragsunterlegung zur weiteren Verhandlung im Rahmen Konsolidierungsjahre am 24.08.2010 an FB 2 übermietet	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit
79		Parkraumbewirtschaftung	1.12.03	II	9	3	x				Änderung des Grundsatzbeschlusses Rat erforderlich (Kosteninvestition für Planung, Bau und Unterhaltung der Anlagen durch die Stadt; langfristig einmündige Personalsubstanz zur Kontrolle der Einhaltung der Auflagen sowie der SIVD in unmittelbaren Parkbereichen sowie im weiteren Umfeld (Verdängungsverkehr)	Direktelle Parken bei fächendekender Parkraumbewirtschaftung langfristig erhöhter Personalsubstanz zur Kontrolle der Einhaltung der Auflagen sowie der SIVD; Verdängungsverkehr; Parken auf umliegenden Straßen			50.000	50.000	50.000	200.000	Das Konzept zur Intensivierung der Parkraumbewirtschaftung wird derzeit im GB 9 2 erarbeitet. In diesem Zusammenhang hat am 26.08.2010 beim Dezernenten ein Workshop stattgefunden, in dem u.a. wichtige Eckpunkte (Intention, Möglichkeiten zur Steigerung der Akzeptanz in Bürgerschaft und Politik, potentiell ersatzzubehaltende Flächen, zeitliche Abfolge, mögliche Tarifstrukturen, benötigte Hardware, Unterhaltungsaufwand, personelle Konsequenzen besprochen wurden.) Scheitert ein aussagekräftiges Konzept, besteht, das auch den Ratgebern vorzulegen ist, erfolgt entsprechende Mitteilung.	in Arbeit	unverändert zum 15.09.2010	in Arbeit	
80		Bauentwicklung nur bei insbesondere kostenintensiven Entwicklungsflächen (Planung, Erschließung, Folgekosten)	1.09.01	II	6	6					Ziel = Kostendeckend;	Dominanzfeld durch Bewässerungszwecke bzw. Verändern u. Abwendung; unterstrich Ausstattung evtl. Intensivierung								Sukzessive Prüfung der potentiellen Entwicklungsflächen auf Eignung.	in Arbeit	Sukzessive Prüfung der potentiellen Entwicklungsflächen auf Eignung.	in Arbeit
81		Generierung von Einnahmen durch konsequentes Bodemanagement und Folgekostenverträge	1.01.15	II	6	6					In Wert setzen v. städt. Liegenschaften: Hensel Bayerstr. 1, BA 200.000 €; Bornheim Seitzstraße Weg 470.000,- €; Hensel Erben-Straße; 160.000,- €; Bohnig Sportplatz / Heim neu, Bornheim Kallenberg 220.000,- €	200.000	470.000	555.000	220.000	1.445.000	Beginn der Vermarktungskampagnen Bayerstrasse, Hensel	in Arbeit	Vermarktungskampagnen Bayerstrasse Hensel laufen.	in Arbeit			
82		Schulentwicklung der demographischen Entwicklung anpassen	1.03	III	4	6														Anpassung erfolgt im Rahmen der jährlichen Schulentwicklungsplanung	in Arbeit	Anpassung erfolgt kontinuierlich im Rahmen der jährlichen Schulentwicklungsplanung	erledigt

Konsolidierungstitel - Konsolidierung			Umsetzbarkeit (a)							Finanzielle Auswirkungen auf Haushaltskonsolidierung							Umsetzungsstand Statusberichte							
Stand: 17.11.2010																								
Nr.	Titel	Konsolidierungsvorschlag	Antragstellung	Antrag	Umsetzung ab	Umsetzung bis	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag	Antrag
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22			
110	Übertragung von Aufgaben an andere Träger (bzw. Verstarbung Kooperations)	1.04.02	III	10																				
111	Einhöhung Benutzungsgebühr, Differenzierung der Jahresgebühren, Liborierung der Höhe der Mahrgebühren	1.04.03	III	10																				
112	Vorzicht auf Projektantrag über und unter - Neuorientierung ab 60 Plus - beim Land	1.04.03	III	10																				
113	Die Neuausstattung mit Büchereiautomaaten wird auf 2011 verschoben. Die Kosten werden zur Hälfte gesponsort.	1.04.03	III	10																				
114	Prüfung, inwieweit die vermehrte Nachfrage nach elektronischen Medien und Fotodruckern bei der Buchvermittlung berücksichtigt werden kann	1.04.03	III	10																				
115	Anstelle einer Jahresgebühr einen Dauervertrag mit Kündigungsmöglichkeit anbieten	1.04.03	III	10																				
116	Gebührenerhöhung Frischhof (ausdrückliche Kalkulation)	SB8	B	B																				
119	Übertragung von Aufgaben an andere Träger (bzw. Verstarbung Kooperations)	SB8	B	B																				
120	Reduzierung Spielplätze		III	4	SB8	X																		
121	Kein Abbau Spielplatz an der Wollgrube, in der Wollgrube - Kinderzarten prüfen und Abbau zurückstellen, bis neu geplanter Spielplatz in Me 02 fertig gestellt ist.																							
122	Verkauf Freizeitschwimmbecken		II	4	SB8	X																		
124	Einhöhung Eintrittsgelder Freibad	SB8	B	B																				
125	Die Verlastung im Haushalt weicht vom Mittelfristplan des SBB ab. Im SBB werden Abschreibungen auf Gebäude ausgewiesen, obwohl das Gebäude lediglich von der Stadt geleast ist. Die Deckungsdeckung des Hallenfreizeitanbotes wird (unter Nichtberücksichtigung der Leasingrate) auf einen Betrag in Höhe von max. 800.000,- € in 2010 und 750.000,- € in 2011 abgesetzt. Da im Haushalt bei den einzelnen Schwimmbädern bereits erfasste Erlögen (insg. ca. 80.000,- €) beim Schwimmbad sind entsprechend eine vorzunehmende Gebührenerhöhung zu reduzieren. (s. Vorlage Verwaltungsrat SBB 13.07.2010)																							
126	Stärkung Energie-, Wärme- und Entsorgungskosten durch Optimierung der Infrastruktur und Bewirtschaftung des Nutzerverhaltens	SB8	B	B																				
128	Überprüfung der Standards der Gebäudereiherie mit dem Ziel der Reduzierung		II	6	SB8	X																		
Summe																								
											1.546.520	4.528.935	3.848.835	4.012.075	2.848.375	2.459.375	19.403.028							